

EIN GEDENKEN MIT DER „ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND“?

Diskussionsveranstaltung zu aktuellen Entwicklungen

Hilke:
Das Holocaust-
Mahnmal ein Denk-
mal der Schande
**Herr Elischewski, ist auch die
Gedenktafel ein Schandmal?**

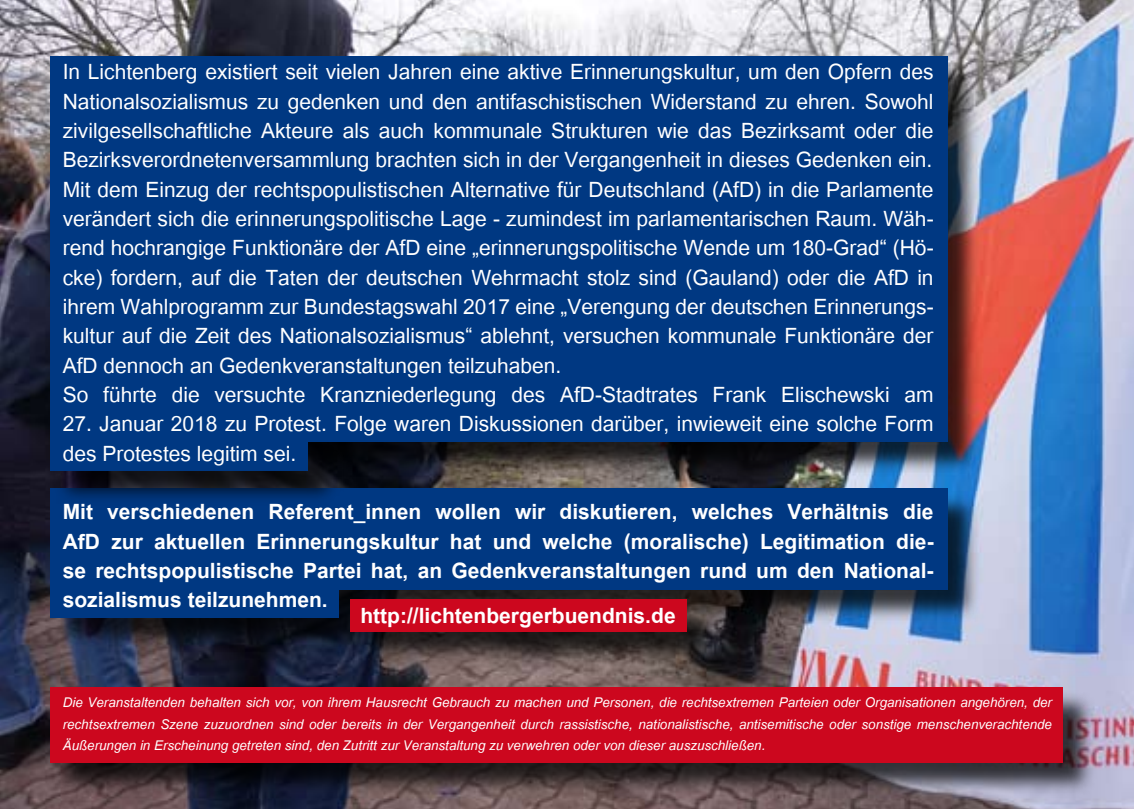
Gauland:
„stolz [...] sein, auf die
Leistungen deutscher
Soldaten in zwei
Weltkriegen“
**Herr Elischewski, sind Sie auch
Fan von Vernichtungskriegen?**

25. Mai 2018 - 19.00 Uhr

Remise der Wilma 19

(Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin)





In Lichtenberg existiert seit vielen Jahren eine aktive Erinnerungskultur, um den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken und den antifaschistischen Widerstand zu ehren. Sowohl zivilgesellschaftliche Akteure als auch kommunale Strukturen wie das Bezirksamt oder die Bezirksverordnetenversammlung brachten sich in der Vergangenheit in dieses Gedenken ein. Mit dem Einzug der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) in die Parlamente verändert sich die erinnerungspolitische Lage - zumindest im parlamentarischen Raum. Während hochrangige Funktionäre der AfD eine „erinnerungspolitische Wende um 180-Grad“ (Höcke) fordern, auf die Taten der deutschen Wehrmacht stolz sind (Gauland) oder die AfD in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 eine „Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus“ ablehnt, versuchen kommunale Funktionäre der AfD dennoch an Gedenkveranstaltungen teilzuhaben.

So führte die versuchte Kranzniederlegung des AfD-Stadtrates Frank Elischewski am 27. Januar 2018 zu Protest. Folge waren Diskussionen darüber, inwieweit eine solche Form des Protestes legitim sei.

Mit verschiedenen Referent_innen wollen wir diskutieren, welches Verhältnis die AfD zur aktuellen Erinnerungskultur hat und welche (moralische) Legitimation diese rechtspopulistische Partei hat, an Gedenkveranstaltungen rund um den Nationalsozialismus teilzunehmen.

<http://lichtenbergerbuendnis.de>

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.